

# SVP startet als stärkste Partei in den Kantonen ins nationale Wahljahr

Nach Parlamentsmandaten und neu auch nach der effektiven Parteistärke ist die SVP die stärkste Kraft in den Kantonen. Vorab in der Romandie hat sie weiteres Wachstumspotenzial.

Heidi Gmür

Bereits im letzten November, nach den Wahlen im Kanton Freiburg, war klar: Die national wählerstärkste Partei, die SVP, hat sich ein Jahr vor den nationalen Wahlen auch als stärkste Kraft in den Kantonen etabliert. Sie überflügelte mit 564 Parlamentsmandaten sowohl die CVP, die neu 554 Sitze innehat, wie auch die SP, die sich mit 559 immerhin auf dem zweiten Rang halten konnte (vgl. Grafik). Die FDP landete, nachdem 19 der 26 Kantone ihre Parlamente neu bestellt hatten, mit 540 Mandaten abgeschlagen auf dem vierten Platz. Sie hatte Ende 2003 noch am meisten Sitze für sich reklamieren können.

## Nummer 1 bei Parteistärke

Aussagekräftiger für die kantonale Parlamentsmacht ist allerdings der von der Universität Genf und vom Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) berechnete Index der effektiven Parteistärken. Dieser sogenannte Badac-Index, der Vergleiche mit dem Nationalrat erlaubt, gewichtet die Parlamentsmandate aufgrund der Bevölkerungsgrösse der Kantone. Folglich zählt ein Sitz im Zürcher Kantonsparlament mehr als ein Sitz in der Obwaldner Legislative. Und auch hier hat die SVP die anderen Parteien inzwischen überholt, wie die neuesten Zahlen der Universität Genf zeigen.

Per Ende 2006 kommt die SVP laut der Universität Genf neu nämlich auf 23 Prozent der Mandate. Die SP muss

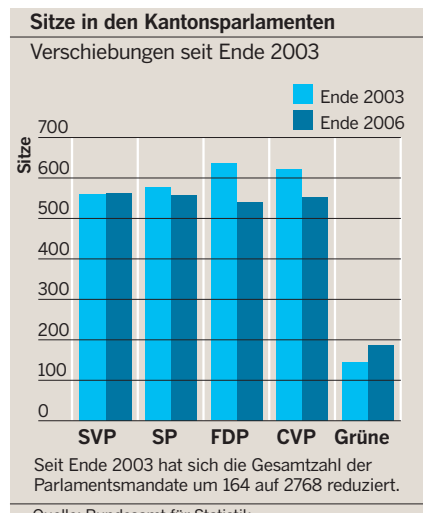
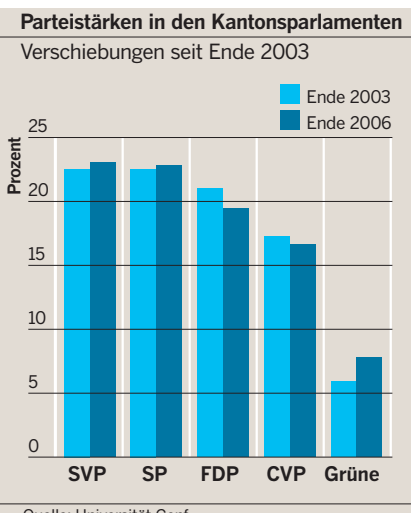
mit 22,8 Prozent auch hier mit dem zweiten Platz vorliebnehmen. Im Oktober 2003 hatte sich die SVP die Spitzenposition noch mit der SP teilen müssen – damals wiesen beide eine effektive Parteistärke in den Kantonsparlamenten von je 22,5 Prozent aus. Vor allem in der Romandie hat die SVP seit den letzten nationalen Wahlen ihre Parteistärke massiv ausbauen können, während die SP als Nummer 1 in der Westschweiz praktisch stagnierte.

Die FDP hat per Ende dieses Jahres mit 19,4 Prozent den dritten, die CVP mit 16,6 Prozent den vierten Platz inne. Am stärksten zulegen konnten seit den letzten Nationalratswahlen die Grünen (von 5,9 auf 7,8 Prozent).

## Puls messen in Zürich

Die Trends gemäss dem Badac-Index für die nationalen Wahlen sind damit gesetzt: Die Grünen können weiter zulegen, die SVP dürfte sich – vorab in der Romandie – leicht verbessern, auch die SP hat noch ein gewisses Wachstumspotenzial, die CVP kann die Verluste einigermaßen in Grenzen halten, während die FDP sich weiter im Sinkflug befindet. Dies entspricht etwa den Ergebnissen der Umfrage des GfS-Forschungsinstituts vom letzten Oktober. Einzige Abweichung: Laut der GfS-Umfrage müsste die SVP gegenüber 2003 kleinere Verluste hinnehmen.

Die nächste Bewährungsprobe für die Parteien findet am 11. Februar statt, wenn Baselland wählt. Mit Blick auf die nationalen Wahlen von grösserem Interesse sind die Parlamentswahlen in den bevölkerungsreichen Kantonen Zürich (15. April) und Waadt (11. März). Vor allem die Zürcher Wahlen gelten als Gradmesser für die nationale Ebene. Neu bestellt werden in den kommenden Monaten zudem die Parlamente in den Kantonen Luzern, Tessin, Appenzel Inner- und Ausserrhoden.



Massarbeit beim Rekrutierungsverfahren. (Keystone)

# Neuer Spitzenwert der Untauglichkeit

Im Jahr 2005 ist das Heer der Untauglichen erstmals auf 43,5 Prozent angewachsen. Auch im Jahr 2006 dürfte die 40-Prozent-Marke wieder erreicht werden.

Heidi Gmür

Innerhalb von elf Jahren hat sich die Zahl der Militärdienstuntauglichen verdoppelt. Wurden 1994 erst 21 Prozent der stellungspflichtigen Männer bei der Aushebung oder während der Rekrutenschule für militärdienstuntauglich erklärt, waren es 2005 bereits während des Rekrutierungsverfahrens 39 Prozent der 33 000 Stellungspflichtigen. Während der drei Rekrutenschulen, die 2005 gestartet sind, kamen weitere 4,5 Prozent hinzu, wie der zuständige Divisionär und Oberfeldarzt Gianpiero Lupi sagt. Damit wurde mit einer Untauglichkeitsrate von 43,5 Prozent im Jahr 2005 erstmals deutlich die 40-Prozent-Marke überschritten.

Im letzten Jahr nun konnte die Zahl der Ausmusterungen während der Rekrutierung reduziert werden: Gemäss Angaben des Verteidigungsdepartements wurden im Jahr 2006 34,2 Prozent der 36 000 Stellungspflichtigen bei der Rekrutierung für militärdienstuntauglich erklärt. Die Abnahme gegenüber 2005 erklärte sich damit, dass «aufgrund zahlreicher Rekurse gegen Untauglichkeitsentscheide und wegen des Fortschritts der Medizin in Grenzfällen vermehrt auf Tauglichkeit ent-

schieden wurde», sagt der stellvertretende Armee-Sprecher Kaj-Gunnar Sievert. Ein weiterer Faktor, der zu Schwankungen führe, sei generell auch der Gesundheitszustand der Stellungspflichtigen, der sich jeweils in den Tauglichkeitszahlen widerspiegle.

Allerdings wird sich auch der Wert für das Jahr 2006 noch erhöhen – und die Rate der Militärdienstuntauglichen allenfalls gar erneut auf über 40 Prozent klettern. Konkret rechnet die Armee mit weiteren 5 bis 7 Prozent Ausmusterungen während der drei im Jahr 2006 gestarteten Rekrutenschulen, deren letzte im Februar zu Ende gehen wird. Die Untauglichkeitsrate dürfte damit auf 39,2 bis 41,2 Prozent anwachsen. Allein während der zweiten Rekrutenschule 2006 wurden zusätzlich 6,8 Prozent der Stellungspflichtigen für militärdienstuntauglich befunden.

Das Verteidigungsdepartement betont, dass niemand sich auf dem «blauen Weg» entziehen könne, nur weil er keinen Dienst leisten wolle. Es sei auch zu berücksichtigen, dass jeweils fast die Hälfte der Militärdienstuntauglichen Zivildienst leisten müsse, sagt Lupi. Mehrfach hat zudem der Bundesrat erklärt, dass er die Wehrgerechtigkeit bei einer Tauglichkeitsrate von rund 60 Prozent für gewahrt halte. Bekannte Einwände – die bisher weder linke noch rechte Kritiker verstummen liessen. Die einen wollen die allgemeine Wehrpflicht stärken, andere wollen sie abschaffen. Ein entsprechender Vorstoss ist im Nationalrat hängig.



## E-Mail der Woche

Von: schweiz.sonntag@nzz.ch  
Gesendet: Mi, 27. Dez. 2006, 17:19  
An: Otmar.Hasler@rfl.llv.li  
Betreff: Liechtenstein wächst

Grüezi Herr Regierungschef

Wie Ihre Pressestelle diese Woche mitteilte, ist das Fürstentum Liechtenstein gemäss dem neusten Statistischen Jahrbuch um einen halben Quadratkilometer grösser geworden. Können Sie uns bitte mitteilen, ob der für uns ziemlich überraschende Territorialgewinn auf Kosten Österreichs oder der Schweiz erfolgte und ob im neuen Jahr weitere Expansionen geplant sind?

Auf weiterhin gute Nachbarschaft!  
Ihre NZZ am Sonntag

Von: Otmar.Hasler@rfl.llv.li  
Gesendet: Fr, 29. Dez. 2006, 8:26  
An: schweiz.sonntag@nzz.ch  
Betreff: AW: Liechtenstein wächst

Warum sollte Liechtenstein nicht seine wirkliche Grösse zeigen? Es besteht übrigens durchaus die Möglichkeit, dass sich die liechtensteinische Landesfläche nochmals um ein paar m<sup>2</sup> vergrössern kann. Dies, wenn alle Daten der Neuvermessungen in den Datensatz aufgenommen worden sind. Die neue liechtensteinische Landesfläche von 160,475 km<sup>2</sup> ist auf neue, sehr präzise Messungen im Alpengebiet zurückzuführen, Grenzen wurden keine verschoben.

Otmar Hasler, Regierungschef  
Fürstentum Liechtenstein

## Drei-Säulen-Modell für die Krankenkasse

Nationalrat Georges Theiler will mit einem Vorstoss erreichen, dass das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein völlig neues Modell für die Krankenversicherung prüft. «Analog zur Altersvorsorge könnte die Krankenversicherung auf drei Säulen abgestützt werden», sagt der Luzerner FDP-Vertreter. Entwickelt wurde die Idee von der rund 400 Mitglieder zählenden Ärztevereinigung Pulsus. Mit der ersten, obligatorischen Säule sollen alle schweren und chronischen Krankheiten sowie Spitalaufenthalte abgedeckt werden. In diese Hochrisikoversicherung würden jene Gelder fliessen, die der Bund heute für die Prämienverbilligungen ausahlt. Die zweite Säule wäre freiwillig. Jedermann könnte eine individuelle Krankenversicherung abschliessen, die je nach Preis mehr oder weniger Leistungen abdeckt. Die dritte Säule entspräche der heutigen Privat- oder Halbprivatversicherung. Georges Theiler sieht das Modell als Vorschlag, um das Gesundheitswesen auf eine neue Basis zu stellen. «Wir müssen die eingeleiteten Reformen in den verschiedensten Bereichen unbedingt weiterführen. Doch wir müssen uns Gedanken über einen grundsätzlichen Umbau machen», sagt Theiler. (ase.)

www.bucherer.com

**BUCHERER**

Für die schönsten Momente im Leben. Seit 1888.